

## Die Tariferhöhungen müssen mindestens den Inflationsverlust ausgleichen ...

Bereits in der letzten Ausgabe der Mitternachts vom April 2023 hatte ich von der aktuellen Tarifrunde des öffentlichen Dienstes im Bund und in den Gemeinden für 2,5 Millionen Beschäftigte geschrieben.

Gefordert hatten die Gewerkschaften: **10,5 % mehr Lohn, mindestens aber 500 Euro im Monat (Laufzeit ein Jahr).**

Seit Mitte Februar gab es in Hamburg unzählige Warnstreiks am Flughafen, bei dem pädagogischen Personal in den städtischen Kitas und Jugendeinrichtungen, den Beschäftigten der Bundesbehörden, wie der Bundesagentur für Arbeit oder dem Bundesamt für Seeschifffahrt, der Hamburg Port Authority (HPA), der HADAG und dem Krankenpflegepersonal. Drei große - bundesweite - Streiktage für alle Bereiche wurden ausgerufen - wobei zuletzt am 27. März mit der EVG (Eisenbahner- und Verkehrsgewerkschaft) ein weiterer Bereich in laufenden Tarifverhandlungen sich den Aktionen anschloss. Gleich zu Anbeginn machte die Verhandlungsführung klar, dass diese Forderungen zu einer harten Auseinandersetzung ev. sogar zu Urabstimmung und unbefristeten Streiks führen könne.

Vorausgegangen war bereits ein Beschluss der Bundesregierung zu einer Art Neuauflage der Konzertierte Aktion, bei dem diese staatliche Unterstützung (Auszahlung von 3000 Euro steuer- und abgabefrei durch das Kapital an die Belegschaften bis Ende 2024) zusicherte.

Nach einer Woche Schlichtungsverfahren wurde folgendes **Ergebnis** vorgelegt, **welches sich z.Zt. bei den Gewerkschaftsmitgliedern in der Abstimmung befindet:**

- Ein steuer- und sozialabgabenfreies Inflationsausgleichsgeld in Höhe von 3.000 Euro in mehreren Stufen. 1.240 Euro davon sollen bereits in diesem Juni fließen, weitere 220 Euro dann jeweils in den Monaten von Juli bis Februar 2024.  
- Ab dem 1. März 2024: Erhöhung der Tabellenentgelte um 200 Euro

(Sockelbetrag) und anschließend um 5,5 Prozent. Wird dabei keine Erhöhung um 340 Euro erreicht, soll der betreffende Erhöhungsbetrag auf diese Summe gesetzt werden.

- Ausbildungs- und Praktikantenentgelte werden zum gleichen Zeitpunkt um 150 Euro erhöht.

- Die Laufzeit der Vereinbarung soll 24 Monate betragen.

### **Drei gescheiterte Tarifrunden- eine Schlichtung ?**

Schon ist in der Politik die Rede von einem Aufstocken auf 300 Mrd. Euro **Sondervermögen für die Aufrüstung und Umbau der Bundeswehr.** Die KollegInnen haben zur Recht eine gesteigerte Erwartungshaltung. Zudem haben die Lohnerhöhungen auch Auswirkungen auf andere Bereiche, deren Tarifrunden noch anstehen bzw. deren Arbeitsplätze sich auf niedrigerem oder sogar nur Mindestlohniveau bewegt. Die Ungleichheit der Gesellschaft verschärft sich weiter seitdem die Vermögenssteuer ab 1997 abgeschafft und der Einkommenssteuer-Spitzenatz von ehemals 53 % plus Soli-Zuschlag bis auf 42 % (ab 61.972 Euro jährlich 2023) abgesenkt wurde - riesige Steuergeschenke an Reiche und Superreiche !

Die Tarifrunde ist auch ein Kampf um Umverteilung. Unter den Bedingungen des Krieges wird " Umverteilung von Oben nach Unten" deutlich schwieriger. Die Inflationsrate lag bis 2020 noch bei 0,5 %, stieg dann auf 3.1 % in 2021 und in 2022 im Jahresschnitt auf 6,9 %. Mehr musste vor allem für Energie und Lebensmittel gezahlt werden. Bereits in 2023 - Januar und Februar - betrug die Inflationsrate 8,4 %, im März 7,4 und im April 7,2 %.

Die massive Streikbeteiligung in einigen Bereichen ( von einer historischen Chance wurde bereits gesprochen) zeugt von einer hohen Lebenserhaltungskrise (die Löhne werden von einer relativ hohen Inflation aufgefressen). Es ist bereits das 3. Jahr mit Reallohnverlusten !

Schnell wurden von **ver.di** Rechenbeispiele zu den unterschiedlichsten Gehaltsgruppen vorgelegt. Verschwiegen wird aber, dass die Einmalzahlungen ohnehin schon vorher zugesichert worden waren. Lediglich ab März nächsten Jahres bewegt sich die Erhöhung zwischen 9,5 und 12 % - je nach vorherigem Verdienst.

Manche Kollegen betrachten die Schlichtung als noch frecher als das Angebot der Arbeitgeber. Das bedeutet 14 Monate keine tabellenwirksame Tarifierhöhung, eine Verdoppelung der Laufzeit und über die 24 Monate hinweg einen weiteren Reallohnverlust! Was ist aus der Forderung nach unbefristeter Übernahme der Azubis geworden ?

Während Ver.di-Hauptamtliche versuchen, die Schlichtung schön zu reden, kann es jetzt nur weiter "Druck" und "Bewegung" aus den Betriebsgruppen, von den Vertrauensleuten und Gewerkschaftsstrukturen geben, über das Ergebnis zu informieren und eine Kampagne zu starten für eine Ablehnung in der Urabstimmung.

Auf einen Warnstreik möchte ich Euch aufmerksam machen - Bereiche des öffentlichen Dienstes, die wir nicht kennen:

### **Streik in der Passagierabfertigung bei AHS am Flughafen Hamburg**

23.04.2023



Warnstreik am Flughafen im Februar  
Foto: -ena

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Hamburg ruft die ca. 300 Beschäftigten des Bodenverkehrsdienstleisters Aviation Handling Services (AHS) am Flughafen Hamburg am Montag, den 24. April 2023, zu einem 24-stündigen Warnstreik auf. Hintergrund ist der ungelöste Tarifkonflikt bei dem Dienstleister in der Passagierabfertigung. Aktuell liegen dessen Einstiegsgehälter auf dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohnes. Das Angebot des Bodenverkehrsdienstleisters, an dem der Flughafen Hamburg 49% der Anteile hält, liegt für 2023 nur bei 14 Euro. Andere Bodenverkehrsdienstleister am Flughafen Hamburg zahlen bereits einen tariflichen Mindestlohn von 15 Euro, diesen fordert die ver.di-Tarifkommission auch für AHS.

*„Die Beschäftigten bei AHS steigen aktuell auf Höhe des gesetzlichen Mindestlohns ein, das reicht vorne und hinten nicht und führt nicht zuletzt zu Armut im Alter. Andere Bodenverkehrsdienstleister zahlen bereits jetzt mindestens 15 Euro pro Stunde. Aktuell herrscht die stärkste Inflation seit den 1970er Jahren, doch die Geschäftsführung unter Frau Charisius beharrt auf Löhnen unter dem Branchenniveau und erpresst überdies die Belegschaft, indem sie droht, das vorliegende Angebot am Montag, den 24. April 2023, wieder zurückzuziehen. Das ist absolut unverantwortlich. Damit provoziert die Geschäftsführung diesen Streik und trägt die Verantwortung dafür, wenn an den Streiktagen bei der AHS keine Passagiere abgefertigt werden“, so **Lars Stubbe, Gewerkschaftssekretär bei ver.di Hamburg.***

Die Tarifverhandlungen bei AHS laufen seit Januar diesen Jahres, einen Termin für eine weitere Verhandlung gibt es zurzeit nicht. (PM ver.di)

Verena Brachvogel